

Kampagnen: Nicht punktuell, sondern als Kristallisationspunkte

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Frankfurt a.M.

Der Psychologe und Kognitionsforscher Prof. Dr. Rainer Mausfeld beschäftigt sich bei seiner viel beachteten Vortragsreihe „Wie werden Meinungen und Demokratie gesteuert?“ (Video-Mitschnitte im Internet über YouTube abrufbar) auch mit der Frage, welche Themen in der öffentlichen Wahrnehmung präsent sind und welche hingegen nicht. Als prägnantes Beispiel dafür führt er die sogenannten Partnerschaftsabkommen (EPA) der EU mit afrikanischen Ländern an, die er als ökonomische Diktate der EU bezeichnet, als legalisierte Form eines Neokolonialismus.

Das offensichtliche Desinteresse bzw. die nicht vorhandene mediale Wahrnehmung dieser Thematik stellt er der öffentlichen Resonanz im Kampf gegen das „Freihandelsabkommen“ TTIP gegenüber. Bei diesem Thema war ja das Stichwort „Chlorhühnchen“ ein Aufhänger, der hierzulande bei vielen Menschen Betroffenheit ausgelöst hatte. EPA's betreffen uns aber nicht und sind deshalb für uns kein Thema, so seine Aussage.

TTIP und EPA's haben aber auch für Kampagnen eine sehr unterschiedliche Relevanz. Bei dem massiven Widerstand gegen TTIP (und CETA) spielte der damit verbundene Demokratieabbau und weniger die Chlorhühnchenfrage die zentrale Rolle, wie vor allem auch durch die Kampagnenorganisation Campact vermittelt werden konnte.

Campact: Bei Großdemos immer mit dabei

Die deutsche Kampagnenorganisation Campact genießt einen guten Ruf, vor allem durch ihre Rolle im Kampf gegen TTIP/CETA. Ein Blick in den Campact-Transparenzbericht 2016 (herausgegeben im August 2017) zeigt die Bandbreite der initiierten bzw. unterstützten Kampagnen sowie die Vielzahl der zivilgesellschaftlichen Kooperationspartner, die größtenteils aus dem Umweltbereich stammen.

Bestand im letzten Jahr eine fragwürdige Aktivität von Campact noch darin, bei den von Ihnen (mit)organisierten Großdemos gegen vermeintli-

chen oder tatsächlichen Antiamerikanismus vorzugehen, folgt Campact inzwischen dem Paradigmenwechsel: „Alle gegen Trump“. So hieß es in einer Campact-Rundmail vor dem G20-Gipfel:

[W]ie dramatisch wirkt sich Donald Trumps Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen aus? [...] Kurz bevor Trump, Putin, Erdogan und Co. einfliegen, gehen wir am Sonntag, den 2. Juli, mit Zehntausenden in Hamburg auf die Straße.

Solche Feindbildprojektionen haben mit dazu beigetragen, dass bei den Gegenaktionen zum G20-Gipfel – die mit dem Gegengipfel-Kongress und der Großdemo am 9.7.2017 unter starker Beteiligung der Friedensbewegung erfolgte – auch Spaltungstendenzen eingebracht wurden. Im Umfeld der Friedensbewegung wurden kritische Stimmen laut, dass bei den G20-Protesten sehr unterschiedliche Staaten über einen Kamm geschert würden. Diesen Vorwurf kann man zwar gegen Teile der Akteure wie u.a. Campact erheben, die Aufrufe aus der Friedensbewegung zu den G20-Gegenaktionen waren hingegen inhaltlich differenziert und für die Aktionsausrichtung gut begründet. Platte und personalisierte Feindbildprojektionen waren darin nicht enthalten.

Hitliste mit Themen zur Bundestagswahl

Zur Bundestagswahl 2017 erfolgt von Campact eine umfangreiche Kampagne, wozu es auf deren Homepage heißt:

In bundesweit 1.200 Diskussionsrunden haben Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Monaten Ideen gegen den Stillstand entwickelt. 75.000 Menschen haben über ihre Ergebnisse online abgestimmt. Aus den 10 Forderungen, die am häufigsten genannt wurden, ist dieser Kompass für progressive Politik entstanden. Er gibt die Richtung für sozialen, ökologischen und demokratischen Fortschritt vor.

Diese 10 Forderungen wurden nach einer vorausgegangenen Abstimmung zusammen gestellt, wo sich eine dokumentierte Reihenfolge von insgesamt 60 Punkten bzw. Forderungen an eine künftige Bundesregierung ergab. Hierbei landeten die Ablehnung von unfairen Freihandelsabkommen (CETA, TTIP, JEFTA), die Bekämpfung des Lobbyismus und der Ausbau erneuerbarer Energien auf den ersten drei Plätzen.

Explizit friedenspolitische Forderungen finden sich dabei nur an fünf Positionen: Keine US-Atomwaffen in Deutschland (Nr. 30), keine Waffenexporte außerhalb der EU (Nr. 40), keine Erhöhung der deutschen Rüstungsausgaben (Nr. 48), keine Kriegseinsätze der Bundeswehr (Nr. 49) und Waffenproduktion in Deutschland einschränken (Nr. 53).



Foto: Transparent bei den Protesten gegen den G20-Gipfel, Quelle: marx21.de

Drei weitere Punkte aus der Liste müssen hier noch genannt werden, mit denen sich auch ein indirekter Bezug zu den (natürlich) hier nicht genannten EPA's ergibt:

Nr. 59 in der Liste ist "Den deutschen Export-Überschuss reduzieren."

Hierzu sollte man wissen, dass Deutschland auch bei Agrarprodukten Export-Überschüsse erzielt. Ein passendes Beispiel sind Hähnchen-Schenkel aus industrieller Massentierhaltung, die - dank EPA's - nach Westafrika exportiert werden, wo die dortige Lebensmittelproduktion damit nicht mehr konkurrenzfähig ist. Eine Konsequenz dar-

aus sind "Wirtschaftsflüchtlinge", wozu (kommentarlos) auf Nr. 18 der Campact-Liste verwiesen werden muss: "Mit gezielter Entwicklungshilfe Fluchtursachen bekämpfen."

Tatsächlich führt die EU-Handelspolitik zur wirtschaftlichen und politischen Destabilisierung dieser Länder, was jedoch nicht in das Weltbild von Campact passt, wie man aus einer derzeit laufenden Pro-EU-Kampagne ersehen kann, in der es u.a. heißt:

Der Kurs der Bundesregierung gefällt uns manchmal nicht und deshalb setzen wir uns für eine sozialere und ökologischere Politik ein. Genauso ist es mit der EU: Einige Entscheidungen finden wir falsch, deshalb machen wir dagegen mobil, wie beispielsweise die in unseren Augen ungerechte Handelspolitik, die von allen Regierungen der Mitgliedstaaten mitgetragen wurde. [...] Aber es bringt mehr, sich gegen einzelne falsche Politiken zu engagieren, als die gesamte EU als neoliberal abzutun.

Passend dazu muss die Nr. 39 der Campact-Hitliste genannt werden: „Die EU-Integration vertiefen, z.B. durch eine gemeinsame Sicherheitspolitik.“

Avaaz: Negativbeispiel aus den USA

Die 2007 in den USA gegründete und dort als gemeinnützig anerkannte, global agierende Organisation Avaaz ist im wesentlichen auf Online-Aktivitäten ausgerichtet. Zu den Hunderten von Kampagnen, die bisher von AVAAZ schwerpunktmäßig mit Forderungen aus dem Themengebieten Ökologie und Menschenrechten durchgeführt wurden, zählen auch solche aus dem Jahr 2011 für eine „Flugverbotszone“ in Libyen und wiederholte Kampagnen zu Syrien in 2012 und 2016 („Flugverbotszone“ über Aleppo). Im November 2016 versuchte übrigens auch Campact, eine Kampagne gegen Russland wegen Aleppo zu initiieren.

Frühere Analysen haben aufgezeigt, dass Avaaz eindeutig ein Projekt von US-Eliten darstellt (siehe Friedensjournal Nr. 2/2012).

Ist Campact zu trauen?

Unter dieser Fragestellung erfolgte durch die Macher der Website Nachdenkseiten im Oktober 2016 eine Um-

frage, die fast 50 Leserzuschriften lieferte, welche von der Redaktion in einer 27-Seiten-Dokumentation zusammen gestellt wurden, einschließlich einer vorangestellten Kommentierung der Redaktion, in der es heißt:

Grundtenor der Zuschriften ist, dass die Leser den Eindruck bestätigen, Campact sei nicht zu trauen. Die Äußerungen reichen dabei von Bauchgefühlen, die durch unsere Erkenntnisse bestätigt wurden, über eindrucksvolle Beispiele des von Campact an den Tag gelegten Verhaltens bis zu interessanten Hinweisen auf hintergründige finanzielle und personelle Zusammenhänge. [...]

Deutlich erkennbar ist, dass Campact die erkennbare Strategie gegen die kleine aufkeimende Friedensbewegung mitmacht und stützt – einschließlich der dafür strategisch eingesetzten Querfrontvorwürfe.

Dass wir über Hintergründe und seltsame Eigenheiten von Campact informieren, bedeutet nicht, dass wir nicht anerkennen, dass es dort auch sehr sinnvolle Aktionen gab und vermutlich auch noch gibt, und wir wollen selbstverständlich niemanden überreden, dabei nicht mehr mitzumachen.

Internet-(basierende) Kampagnen, wie sie vor allem von Campact betrieben werden, sollten wegen der großen Reichweite mit eigenen Aktivitäten mit oftmals geringer Resonanz verglichen werden. Doch diese zahlenmäßige Reichweite ist nicht alles. Im Einzelfall lässt sich sicher darüber streiten, ob eine Unterschrift per Mausklick zur Entwicklung sozialer Bewegungen beiträgt oder für diese eher eine Dämpfung weiterer Eigenaktivitäten bewirken – im Sinne eines modernen Ablasshandels.

Professionelle Kampagnenorganisation anstatt eigener Ressourcen?

Ein prinzipieller Einwand gegen Organisationen wie Campact (und Avaaz) muss gegen einen Aspekt vorgebracht werden, der auf dem ersten Blick unverdächtig erscheint: Kampagnen werden professionell organisiert. Hierbei sollte bedacht werden, dass es Teil der neoliberalen Ideologie ist, in Wirtschaftsunternehmen möglichst viele Dienstleistungen per Outsourcing an spezialisierte Unternehmen zu verge-

ben. Diese seit Jahrzehnten erfolgende Entwicklung haben zwischenzeitlich viele Firmen auch wegen des damit verbundenen Verlusts an eigenem know-how schmerzhaft bereut.

Für zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie der Friedensbewegung ist es aber von entscheidender Bedeutung, dass jede Kampagne auch mit politischen und organisatorischen Lernprozessen verbunden ist, die zu inhaltlichen Weiterentwicklungen führen. Erfahrene FriedensaktivistInnen sind natürlich notwendig – wohlgermerkt in den eigenen Reihen.

Eine standardisierte Vorgehensweise, die sich (überwiegend) auf Online-Unterschriftensammlungen stützt, ist sicherlich wichtig, darf jedoch nicht mit der eigentlichen, individuell zu entwickelnden Kampagne und der dazu notwendigen Kreativität für unterschiedliche Aktionsformen verwechselt werden.

Dieses soll beispielhaft anhand laufender Kampagnen der Friedensbewegung dargestellt werden.

Ramstein-Kampagne: Keine Ein-Punkt-Bewegung

Die Ramstein-Kampagne steht nur mit Blick auf die Überschrift für ein Einzelthema: „Stopp Air Base Ramstein: Keinen Drohnenkrieg“. Eine Kampagne gegen den (US-)Drohnenkrieg gab es bereits 2013 vor der Ramstein-Kampagne, die sich im Juli 2015 mit einem bundesweiten Aufruf etablierte. Die Schubkraft, die hingegen mit der Ramstein-Kampagne entfaltet wurde, resultiert daraus, dass es hier eben nicht bei einem punktuellen Protest geblieben ist, sondern weitere Anknüpfungspunkte schrittweise entwickelt werden konnten. So wurde im letzten Jahre die Debatte um die Konversion einer militärisch geprägten Region mit fast 50.000 US-Bürgern in eigenen Veranstaltungen geführt. Bei den diesjährigen Aktionstagen kommen zwei weitere Anknüpfungspunkte hinzu: Für die Teilnehmer des mehrtägigen Camps in Ramstein wird eine Exkursion nach Büchel für eine Mahnwache gegen die dort gelagerten Atomwaffen organisiert. Eingebettet ist auch ein internationaler Kongress gegen Militärbasen, von dem einige Impuls für die

internationale Vernetzung der Friedensbewegung ausgehen werden.

Ein weiteres Thema für die Ramstein-Kampagne ist die geplante Kampfdrohnen-Beschaffung für die Bundeswehr. Wenngleich diese in der zurück liegenden Legislaturperiode des Bundestages am Widerstand der SPD gescheitert ist, steht diese nach wie vor auf der Agenda. Last not least geht es auch um die Air Base Ramstein als Standort des NATO-AirCom und der dortigen Einsatzzentrale des US-Raketenabwehrsystems, das gegen Russland in Stellung gebracht wird.

Die Ramstein-Kampagne steht deshalb für eine große inhaltliche Breite, basierend auf dem Stichwort Kampfdrohnen als Kristallisationspunkt.

Aktion Aufschrei: Rüstungsexporte produzieren Flüchtlinge

Während die Ramstein-Kampagne von Einzelpersonen aus der Friedensbewegung getragen wird, hat die bereits im Mai 2011 vorgestellte Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ einen sehr breit gestreuten Trägerkreis bestehend aus Nichtregierungsorganisationen. Ging es hierbei anfangs schwerpunktmäßig noch um den Kleinwaffenexport, vor allem durch das Unternehmen Heckler & Koch, so rückt hier in der letzten Zeit zunehmend der Zusammenhang mit den Fluchtbewegungen in den Vordergrund, welche durch Waffenempfänger außerhalb von EU und NATO-Staaten verursacht werden. Ebenso wird das Thema Rüstungskonversion stark betont.

Ein für 2018 geplanter deutschlandweiter Staffellauf gegen Rüstungsexporte und für friedliche Konfliktlösungen soll auch Menschen außerhalb der Friedensbewegung erreichen, wie z.B. Sportverbände und Kultureinrichtungen.

Als (erfolglose) Einzelaktion gegen Rüstungsexporte sei an dieser Stelle auf eine mittlerweile abgeschlossene Campact-Kampagne verwiesen, von der es auf deren Homepage heißt:

Über 280.000 Menschen haben mit ihrer Unterschrift gefordert: Keine Panzer für Erdogan! Wir alle fordern: Rheinmetall muss seine Pläne für den

Bau einer Panzerfabrik in der Türkei stoppen. Denn der Konzern plant in der Türkei eine Panzerfabrik, um von dort die türkische Armee und Konfliktherde in der Region ohne deutsche Exportkontrollen zu beliefern.

Aufklärung über Fluchtursachenverursacher

Tauglich für eine größere Aufklärungskampagne ist die kürzlich veröffentlichte Broschüre von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl zur neuen Grenzschutz- und Migrationspolitik der EU. Unter der Überschrift: „Europa ist Exportweltmeister“ heißt es:

Die Europäische Union und die Bundesregierung behaupten, Fluchtursachen zu bekämpfen. Was sie darunter verstehen: Sie paktieren mit autoritären Regimen und rüsten den Grenzschutz in Afrika auf, um Migration zu unterbinden.

Was sie nicht tun: Die eigene Politik verändern, die weltweit Fluchtgründe schafft – durch Rüstungsexporte, Freihandel oder Klimazerstörung.



Historie: nicht übertragbar aber lehrreich

Die letzte große Aufklärungs- und Druckkampagne der Friedensbewegung startete vor mittlerweile bereits 37 Jahren mit dem Krefelder Appell gegen die Stationierung von US-Atomraketen auf deutschem Boden. Wenngleich diese Kampagne aufgrund der anderen Zeitumstände nicht wiederholbar ist, sind einige Aspekte hieraus durchaus lehrreich für heute (siehe Horst Trapp und Reiner Braun in Friedensjournal Nr. 6/2010). Der Krefelder Appell hatte eine beispiellose politische Breite und stellte auch ein Zusammenwirken ver-

schiedener Generationen dar, was auch heute zu beachten ist, angesichts von Debatten der letzten Jahre über „alte“ und „neue“ Friedensbewegung.

Diese als „Ein-Punkt-Bewegung“ angelegte Kampagne führte nicht nur zu Großdemonstrationen mit Hunderttausenden Menschen und Millionen Unterschriften unter dem zentralen Aufruf, sondern auch zu vielfältigsten Aktionsformen und der Gründung zahlreicher berufsbezogener Initiativen, die teilweise auch heute noch präsent sind.

Einerseits kann heute durch die Inflationierung von Einzelthemen als Einzelkampagne mit ausschließlicher Hilfe der sozialen Medien eine politische Wirksamkeit nur begrenzt hergestellt werden. Zustimmungen per Mausclick sind wichtig, aber längst nicht alles.

Andererseits können durch Weiterentwicklung von friedenspolitischen Kampagnen, die Einzelthemen als Kristallisationspunkte verwenden, Lernprozesse durch das Aufzeigen von politischen Zusammenhängen gefördert sowie neue und kreative Aktionsformen

angestoßen werden. Dieses motiviert nicht nur zum Mitmachen, sondern gewährleistet auch basisdemokratische und transparente Strukturen.

Organisationen wie Campact, die mit ihrer Ausrichtung auf Einzelthemen vor allem im Umweltbereich ein hohes Ansehen genießen, sind hingegen für die Wahrnehmung friedenspolitischer Zusammenhänge, wie z.B. bei der EU-Politik, eher problematisch.

Zu entwickelnde Themen, wie eine notwendige Aufklärungskampagne zur geplanten Steigerung der deutschen Militärausgaben auf 2% des BIP, sollten in diesem Kontext gesehen werden.